

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 6

Artikel: Afghanistan zwischen Bildersturm und politischer Isolierung
Autor: Lipsius, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-166497>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stephan Lipsius

AFGHANISTAN ZWISCHEN BILDERSTURM UND POLITISCHER ISOLIERUNG

Die Zerstörung vorislamischer Kunstwerke in Afghanistan wie der weltberühmten Buddha-Statue von Bamiyan durch die herrschenden Taliban Anfang März diesen Jahres hat das zentralasiatische Land für kurze Zeit einmal mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Nicht wenige Beobachter sehen in dem Vorgehen der regierenden Koran-Schüler vor allem einen verzweifelten Versuch, auf diese Weise von der Staatengemeinschaft notgedrungen als politische Gesprächspartner akzeptiert zu werden und damit die eigene internationale Isolierung zu durchbrechen. Die nach wie vor problematische Situation der Menschenrechte im Herrschaftsbereich der Taliban sowie die innenpolitische Entwicklung in dem krisengeschüttelten Land fanden dagegen in der internationalen Berichterstattung über den Vandalismus der Koran-Schüler oft nur am Rande Erwähnung.

Auch im vergangenen Jahr 2000 gelang es der Taliban-Regierung nicht, ihre internationale Isolierung zu durchbrechen. Nach wie vor ist das seitens der Taliban im Oktober 1997 ausgerufene «Islamische Emirat Afghanistan» lediglich von Pakistan, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten völkerrechtlich anerkannt. Die fortdauernde Duldung des primär seitens der USA der Förderung des internationalen Terrorismus beschuldigten *Osama bin Laden* hat inzwischen auch das Verhältnis zu Saudi-Arabien getrübt. Den Sitz Afghanistans bei den Vereinten Nationen nimmt zudem weiterhin die von den Taliban aus Kabul vertriebene Regierung von Präsident *Burhanuddin Rabbani* ein, die von den meisten Staaten, so auch von der Schweiz und Deutschland, als legale Regierung betrachtet wird und dessen «Islamischer Staat Afghanistan» entsprechende diplomatische Anerkennung genießt. An diesem Sachverhalt änderte auch die erste Goodwill-Tour einer hochrangigen Taliban-Delegation unter der Leitung des stellvertretenden Aussenministers *Maulawi Abdul Rahman Zahid* im Februar 2000 durch Westeuropa nichts, die u.a. auch Gespräche im Berner und Berliner Aussenministerium beinhaltete.

Militärisch konnten die Taliban ihre Position in Afghanistan dagegen weiter festigen. Seit ihrem überraschenden erstmaligen Auftauchen im September 1994 haben die Koran-Schüler inzwischen knapp 95 Prozent des afghanischen Territoriums unter ihre

Kontrolle gebracht. Das plötzliche Erscheinen der fundamentalistischen Taliban auf der politischen Bühne des Landes hatte zuvor die komplexen Machtverhältnisse im afghanischen Bürgerkrieg erheblich durcheinander gebracht. Seit dem Sturz der kommunistischen Regierung von *Mohammed Najibullah* im April 1992, der nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen im Februar 1989 vergeblich versucht hatte, durch eine verstärkte Hinwendung zum Islam sein politisches Überleben zu sichern, sind allein in Kabul durch bewaffnete Auseinandersetzungen mehr als 25 000 Menschen ums Leben gekommen.

Die Feindseligkeiten zwischen den einst im Kampf gegen die sowjetischen Truppen verbündeten sieben wichtigsten Mudschaheddin-Organisationen, die bis in die zweite Hälfte der Neunzigerjahre in ständig wechselnden Allianzen ausgetragen wurden, hatten sich schon bald nach der gemeinsamen Eroberung Kabuls entzündet. In dem vorwiegend auf ethnischen und religiösen Gegensätzen beruhenden Machtkampf standen sich vor allem Einheiten von Präsident *Burhanuddin Rabbani*, dem Führer der *Dschamiat-i-Islami*, der von dem früheren Verteidigungsminister *Ahmed Shah Massud* unterstützt wird, und von Ministerpräsident *Gulbuddin Hekmatyar* gegenüber. Die von *Hekmatyar* geführte *Hezb-i-Islami* hatte sich wiederum mit der vom Iran unterstützten schiitischen *Hezb-i-Wahdat* verbündet, die Teile Westafghanistans kontrollierte. Im Nordwesten des Landes agierte

schliesslich die prosaudische Ittehad-i-Islami von *Abdul Rasul Sayyaf*, die sowohl gegen Rabbani und seinen Verbündeten Massud als auch gegen Hekmatyar und die Hezb-i-Wahdat kämpfte.

Während Hekmatyar als Paschtune der zahlenmässig grössten Volksgruppe in Afghanistan angehört (40 Prozent Bevölkerungsanteil), sind Burhanuddin Rabbani und Massud Repräsentanten der tadschikischen Volksgruppe, die mit 25 Prozent Bevölkerungsanteil die zweitgrösste ethnische Gruppe im Land stellt. Noch vor dem Auftauchen der Taliban hatte der afghanische Bürgerkrieg zum Jahresbeginn 1994 eine bedeutende Wende genommen: durch den Frontwechsel des der usbekischen Volksgruppe (9 Prozent Bevölkerungsanteil) zugehörigen Generals *Rashid Dostum* auf die Seite Hekmatyars verschoben sich die Machtverhältnisse vorübergehend zu Ungunsten der militärischen Kräfte von Rabbani und Massud.

Das Taliban-Phänomen

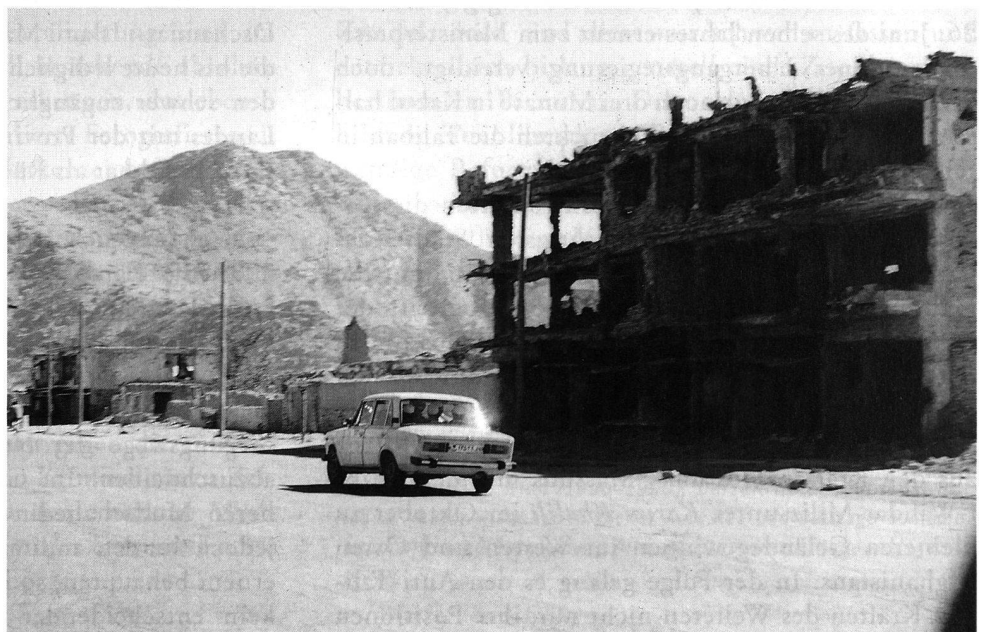
Über die Entstehung der Taliban ist in der Vergangenheit bereits häufig spekuliert worden. Je nach politischem Standort werden dabei unterschiedliche Versionen verbreitet. Nach Meinung vieler Beobachter handelt es sich bei den Taliban um ein (anfänglich) gemeinsames Produkt des pakistanischen Militärgeheimdienstes ISI, radikaler Prediger aus Saudi-Arabien sowie den USA. Ausgebildet wurden die jungen Koran-Schüler, die sich nahezu ausschliesslich aus paschtunischen Flüchtlingen aus dem Südosten Afghanistans zusammensetzen, in Pakistan in den etwa 700 madrassa (Koranschulen) der islamistischen *Jam'at-e' ulama (JIU)*, die unter der Führung von *Maulawi Fazlur Rahman* steht.

Die drei genannten Staaten erhofften sich, so die These, von den Taliban als neue politische Ordnungsmacht eine Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in dem vom Bürgerkrieg zerstörten und politisch völlig zerrütteten Land. Das fundamentalistische Islamverständnis der Taliban mit seinen rigiden Vorschriften, wozu u.a. ein absolutes Fernseh- und Musikverbot zählt, wurde dabei von den USA in Kauf genommen, die in der traditionellen Auslegung des Islams lediglich ein Mittel zum Zweck sahen, Afghanis-

tan in möglichst kurzer Zeit nachhaltig zu befrieden. Hintergrund des amerikanischen Engagements sind geostrategische Interessen der USA an der Region, wozu auch das Projekt einer Erdgaspipeline von Turkmenistan durch Afghanistan nach Pakistan und zum Indischen Ozean zählte. (Entsprechende Pläne wurden allerdings bereits im Dezember 1998 von der kalifornischen Ölgesellschaft Uncol, die im Oktober 1997 mit den Taliban ein diesbezügliches Abkommen geschlossen hatte, aufgegeben.)

Die Taliban selbst verbreiten dagegen, ihrem Führer *Mullah Mohammad Omar*, der bereits in den Achtzigerjahren am Dschihad gegen die sowjetischen Besatzer teilnahm, sei im Traum der heilige Prophet *Mohammed* erschienen, der ihn beauftragt habe, Afghanistan politisch zu einen. *Mullah Muhammad Omar*, der 1962 in der Zentralprovinz Urozgan geboren wurde, sei nach diesem Traum von Moschee zu Moschee gezogen und habe unter den afghanischen Flüchtlingen eine grosse Schar von Anhängern um sich herum sammeln können, mit denen er im September 1994 in den Bürgerkrieg eingriff.

Der Wahrheitsgehalt beider Versionen ist auch in Afghanistan umstritten. Bemerkenswert ist jedoch der schnelle militärische Erfolg der Taliban. Bereits einen Monat nach ihrem Auftauchen eroberten die militanten Koran-Schüler im Oktober 1994 von Süden her die zweitgrösste afghanische Stadt Kandahar, die auch noch heute das eigentliche Machtzentrum der Taliban-Bewegung bildet. So residiert das geistliche und politische Oberhaupt der Taliban, *Mullah Muhammad Omar*, der Anfang April 1996 von einer Versammlung von 1000 Geistlichen zum «Amir-ur-Mumineen» («Führer aller Moslems») ernannt wurde, weiterhin in der südafghanischen



Zerstörtes Stadtviertel der afghanischen Hauptstadt Kabul. Photo: Stephan Lipsius, wegen Fotografierverbot aus fahrendem Auto aufgenommen.

Stadt, von wo – trotz formaler Beibehaltung Kabuls als der Hauptstadt des Landes – die Geschicke des Landes bestimmt werden.

Bis zum Februar 1995 konnten die Taliban ihr Herrschaftsgebiet auf neun südliche Provinzen des Landes ausdehnen, womit sie gut ein Drittel des Landes kontrollierten. Anfang März gelang ihnen schliesslich für wenige Tage die erstmalige Einnahme Kabuls, das sie jedoch nach einem Gegenangriff durch Einheiten von Rabbani und Massud wieder räumen mussten. Zum Teil mit Unterstützung durch Truppen des Usbekengenerals Dostum nahmen die Taliban in der Folge weitgehend kampflos die westafghanische Stadt Herat sowie die gleichnamige Provinz ein, die einen hohen Bevölkerungsanteil an schiitischen Hazara aufweist.

Verlierer der militärischen Auseinandersetzungen um die afghanische Hauptstadt sowie um die afghanischen Zentralprovinzen zwischen den Taliban und den militärischen Kräften von Rabbani und Massud war Hekmatjar, der bis dahin nicht nur das südliche Umland Kabuls kontrollierte, sondern damit auch die wichtigste südliche und für die Versorgung Kabuls ausserordentlich bedeutsame Zufahrtsstrasse in seiner Gewalt hatte. Die Reste seiner Truppen, von denen ein Grossteil zu den Taliban überliefen, zogen sich in ein Gebiet östlich von Kabul zurück. Den zunehmenden politischen und militärischen Bedeutungsverlust Hekmatjars konnte auch das Friedensabkommen vom 24. Mai 1996 nicht aufhalten, in dem sich Präsident Rabbani, sein Hauptrivale Hekmatjar sowie die Ittehad-i-Islami angesichts der erneut vor den Toren Kabuls stehenden Taliban auf eine für alle Parteien, Stämme und politischen Gruppierungen akzeptablen Übergangsregierung einigten. Zwar wurde Hekmatjar vereinbarungsgemäss am 26. Juni des selben Jahres erneut zum Ministerpräsidenten einer Übergangsregierung vereidigt, doch konnte sich diese nur noch drei Monate in Kabul halten. Am 27. September 1996 rückten die Taliban in Kabul endgültig ein.

Mit der Einnahme Kabuls kontrollierten die Koran-Schüler vier der fünf wichtigsten Städte des Landes, zwei Drittel des Territoriums sowie gut die Hälfte der Bevölkerung. Durch den Übertritt der Einheiten des usbekischen Militärführers Dostum zu den Truppen der gestürzten Regierung blieben die Taliban jedoch zunächst militärisch unter Druck. So führte eine Gegenoffensive der Anti-Taliban-Allianz aus den Kräften Dostums, Massuds und der Hezb-i-Wahdat-Miliz unter *Karim Khalili* im Oktober zu kleineren Geländegewinnen im Westen und Osten Afghanistans. In der Folge gelang es den Anti-Taliban-Kräften des Weiteren nicht nur, ihre Positionen zu halten, sondern bis August 1997 bis kurz vor Kabul vorzustossen.

Anfang Juni 1997 verständigten sich die so genannten Kräfte des Nordens auf die Bildung einer «Front zur Rettung Afghanistans» (kurz: «Nordallianz»), die im Wesentlichen aus den Formationen Massuds und Rabbanis, den Resten der Hezb-i-Islami von Hekmatjar, einer Fraktion der schiitischen Hezb-i-Wahdat-Miliz sowie den früheren Truppen Dostums bestand, der nach einer internen Revolte und seiner Absetzung durch General *Malik* ins türkische Exil geflohen war. Mit der Einsetzung einer Gegenregierung mit Sitz in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe unter der Regie des aus Kabul vertriebenen Präsidenten Burhanuddin Rabbani bildeten die Anti-Taliban-Kräfte schliesslich drei Monate später auch ein politisches Gegengewicht gegen den von den Taliban in Kabul gebildeten sechsköpfigen Übergangsrat unter *Mullah Mohommad Rabbani*.

Die im September begonnene neue Offensive der Taliban führte diese bis kurz vor Mazar-i Sharif, dem Hauptquartier der gegnerischen Nordallianz. Eine Wende zugunsten der Anti-Taliban-Kräfte brachte ein Machtkampf zwischen General Malik und den übrigen Milizen, den der entmachtete usbekische General Dostum zur Rückkehr aus seinem türkischen Exil nutzte. Unter seiner Regie gelang es noch einmal, die Taliban vorübergehend zurückzuschlagen. Doch den weiteren Vormarsch der Taliban Richtung Norden konnte auch Dostum letztendlich nicht aufhalten. Mit der endgültigen Eroberung Mazar-i Sharifs und einiger anderer kleinerer Städte in Nordafghanistan ein Jahr später war die Anti-Taliban-Allianz im Herbst 1998 militärisch weitgehend zerschlagen. Ihre Führer Hekmatjar, Dostum und Malik flüchteten ins Ausland. Der Widerstand gegen die Taliban wurde von nun an vornehmlich von der Dschamiat-i Islami Massuds und Rabbanis getragen, die bis heute lediglich das isolierte Pandjir-Tal sowie den schwer zugänglichen äussersten Nordosten des Landes mit der Provinz Badakhshan und Teilen der Provinz Takhar als Rückzugsgebiet verteidigen konnten.

Nachdem sich bereits in der ersten Jahreshälfte 1999 die Kämpfe zwischen Einheiten der Taliban und Massuds intensiviert hatten, starteten die Taliban Ende Juli ihre bereits erwartete Sommeroffensive gegen die verbliebenen oppositionellen Stellungen in den erwähnten Nordprovinzen mit dem Ziel, die Versorgungswege der Nordallianz nach Tadschikistan abzuschneiden. Im Gegensatz zu den anderen früheren Mudschahedin-Führern konnte sich Massud jedoch in den militärischen Auseinandersetzungen erneut behaupten, sodass den Taliban bis Ende 1999 kein entscheidender Sieg gegen die gegnerischen Truppen, die noch etwa 10 Prozent Afghanistans kontrollierten, gelang. Den Durchbruch erzielten die

Koran-Schüler erst mit einer erneuten Offensive ein Jahr später im Sommer 2000 mit der Eroberung der Städte Nahrin und Ishkamish Anfang August sowie mit der Einnahme Taloqans am 4. September, wo sich bis dahin das Verwaltungszentrum der Regierung Burhanuddin Rabbani befunden hatte.

Zur Lage der Menschenrechte

An der aus westlicher Sicht problematischen Situation der Menschenrechte im Machtbereich der Taliban hat sich seit der Machtübernahme der Koran-Schüler nur wenig geändert. So gelten beispielsweise nach wie vor strenge Kleidervorschriften, wozu für Frauen das Tragen eines in dieser Form nahezu nur in Afghanistan anzutreffenden Ganzkörperschleiers (Burka) zählt. Zudem sind Frauen auch weiterhin fast vollständig aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt. Allerdings gelang es in den beiden vergangenen Jahren 1999 und 2000 mehreren ausländischen NGOs, den Taliban die Erlaubnis für die Eröffnung von Mädchenschulen abzurufen. Diese hatten die Ko-

Es gelang 1999 und 2000 mehreren ausländischen NGOs, den Taliban die Erlaubnis für die Eröffnung von Mädchenschulen abzurufen.

ran-Schüler nach ihrer Machtübernahme mit Ausnahme der religiösen madrassa (Koran-Schulen) fast vollständig geschlossen.

Wenig Anzeichen einer Liberalisierung sind im Blick auf das weiterhin offiziell bestehende absolute Musik- und Fernsehverbot zu erkennen, das ebenso wie das äusserst streng reglementierte Fotografieren zu einem etwas klischeehaften «Markenzeichen» der Taliban-Herrschaft im Ausland geworden ist. Die auch in der einheimischen Bevölkerung unpopulären Massnahmen werden, ebenso wie die nach europäischem Verständnis anhaltende Diskriminierung der Frauen im Erwerbs- und Bildungsbereich, von den Taliban als vorübergehend notwendige Massnahmen bezeichnet, um die öffentliche Ordnung nach dem jahrelangen Chaos und Anarchie, der Gewalt gegen die Zivilbevölkerung sowie der ausufernden Kriminalität zu Zeiten des Bürgerkrieges zwischen den einzelnen Mudschaheddin-Gruppen im Land wieder herzustellen.

Politisch ist derzeit keine ernst zu nehmende Alternative zu den Taliban in Sicht. Diese sind in der Bevölkerung zwar nicht beliebt, werden aber einer

Politisch ist derzeit keine ernst zu nehmende Alternative zu den Taliban in Sicht.

erneuten Herrschaft der in der «Nordallianz» zusammengeschlossenen Kräfte vorgezogen, die für die fast völlige Zerstörung des Landes sowie für das Chaos und die Anarchie in den Jahren 1993–1996 verantwortlich gemacht werden. Die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit – wenn mitunter auch mit drastischen Mitteln – wird dabei von weiten Teilen der Bevölkerung den Taliban ebenso zu gute gehalten wie deren Bemühen, Eigentumsverhältnisse zu respektieren bzw. unter den Vorgängerregierungen geschehenes Unrecht durch Entschädigungen wieder gutzumachen.

Aus Gründen der eigenen Machterhaltung ist eine Spaltung der Taliban-Bewegung, die ein in sich geschlossenes und nach aussen abgeschirmtes Machtssystem bildet, derzeit eher unwahrscheinlich. Diese orientiert sich vornehmlich an einer rudimentär-traditionalistischen Version des Islams, der stark von der konservativen Welt der paschtunischen Dörfer dies- und jenseits der pakistanisch-afghanischen Grenze geprägt ist und in dieser Form auch schon vor der Herrschaft der Taliban auf dem Lande weit verbreitet war. An der Existenz unterschiedlicher Strömungen innerhalb der Taliban besteht zwar kein Zweifel, doch sind diese nur schwer zu fassen und entziehen sich bislang generell einer Zuordnung zu bestimmten Personen. Dennoch wird die Herausbildung einer liberaleren Taliban-Strömung, die notwendige Reformen sowie eine Öffnung des Landes einleiten könnte, von vielen Afghanen als die einzige Hoffnung für eine Verbesserung der trostlosen Lage ihres Landes angesehen. ♦

STEPHAN LIPSUS, Dipl. pol., geb. 1965, Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geographie in Marburg/Lahn (Hessen) und Wien. Diplomarbeit über den «Demokratisierungsprozess in Albanien» (1962). Freier Mitarbeiter des ARD-Hörfunkbüros Südosteuropa in Wien (1990–1996). Derzeit freier Journalist in Kassel. Autor wissenschaftlicher Aufsätze und Beiträge über die innenpolitische Entwicklung Albaniens sowie zur Kosowofrage.